Nr. 23 August 2020

GEW aktiv

Informationen der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft
Kreisverband Marburg - Biedenkopf

Homeschooling oder Verschollen im All –

Eine Kolumne von Marylin Prange

Mich erreichte die Nachricht am Nachmittag. Zwei Stunden nachdem meine Sechstklässler*innen zu Hause angekommen waren, die Schultaschen in eine ferne Ecke ihres Zimmers entsorgt und sich auf das Wochenende eingestellt hatten. Unerreichbar für gedruckte Wochenpläne, unerreichbar für ihre Bücher und Hefter, die sicher in der Schule lagen, unerreichbar für Ansprachen. Es war Freitag, der 13. Es konnte ja nicht anders sein.

Nicht, dass irgendetwas aufkommt: Ich bin nicht abergläubisch. Eher praktisch. Und mein praktischer Verstand fragte sich, warum diese Meldung am Nachmittag eines Freitags kam. Sollte es auf Coronaferien hinauslaufen? Viele meiner Sechstklässler*innen schalteten sofort auf Ferienmodus und planten am Montag, wo letztmalig die Schule zum Bücherholen offen war, erfreulichere Dinge als einen Gang zur Schule ein. Und so kam es, dass die meisten ohne Bücher und Hefter zu Hause saßen und das auch erstmal ganz okay fanden.

Ohne, dass ich es zu diesem Zeitpunkt schon wusste, wurde ich in jener Stunde meines Lebens, am Nachmittag eines 13. März, in das Zeitalter des digitalen Schullebens geschossen.

Homeschooling hatte ich bis dahin mit Menschen in Australien in Verbindung gebracht, die zu weit von einer Schule wegwohnten oder mit Spinnern in den USA. Aber hier? Es gab nicht einmal ein angemessenes deutsches Wort für diese neue Art des Lehrens und Lernens oder ich kannte es einfach nicht.

Mein erstes Wochenende verbrachte ich nun in meinem kleinen Arbeitszimmer unter dem Dach und tauchte in mein persönliches digitales Halbwissen ein. Zugegeben ich bin keine Leuchte im Umgang mit digitalen Medien. AB's schreiben, Mails verschicken, Tabellen einfügen oder Power-Point-Präsentationen erstellen, ja, das hatte ich drauf, aber das war's dann auch schon fast.

Ehrlicherweise hatte ich mich bisher auch um jede Fortbildung gedrückt, die auf diesem Feld stattfand. Warum auch? Die zwei Smartboards der Schule waren schon längst wieder von der Bildfläche verschwunden, weil sie niemand warten konnte und der Anbieter längst bankrott war. Ihr Verschwinden hatte kaum jemand bemerkt, waren sie doch in Räumen angebracht, die nicht jeder nutzen wollte. Internet gab es nur im Lehrer*innenzimmer und im Computerraum und die meisten Beamer riefen nach einer Filterreinigung oder riefen eben auch gar nicht mehr. So war der gute alte Freund, mein Overheadprojektor, mein treuer Begleiter durch meinen Schulalltag geworden und wir hatten die letzten Jahre versucht, darüber hinwegzusehen, dass es in manchen Räumen unserer Schule keine Verdunkelungsmöglichkeit gab oder aber Vorhänge, die man nur mit Einmalhandschuhen berühren mochte, weil sie seit der Gründung der Schule ununterbrochen ihr trauriges Dasein in Schülerräumen fristen mussten und niemals einen Waschgang erlebt hatten. Ergänzt wurde mein mediales Aufgebot durch das Vorhandensein von Tafel und Kreide.

So saß ich also zwei Tage nachdenklich vor meinem Laptop und versuchte nun, meinen Unterricht digital, modern und für alle erreichbar zu planen. Natürlich hatte ich, als ich die Klasse vor anderthalb Jahren kennen lernte, versucht, mit den Eltern auch per E-Mail in Kontakt zu kommen. Die Hälfte der Erziehungsberechtigten bevorzugte jedoch lieber Papier und enthielt mir eine persönliche E-Mail-Adresse vor. Das hatte sich auch in den 18 Monaten unserer gemeinsamen Schulzeit nicht geändert. Ich hatte mich auch tatsächlich darangehalten, nicht über WhatsApp Kontakte zu Eltern und Schüler*innen herzustellen. Das war, im Nachhinein betrachtet, nicht so schlau. Also, wie erreicht man Eltern, wenn Homeschooling angesagt ist und die Hälfte der Adressat*innen auf analog setzt?

Spätestens als mein Drucker versagte und für immer den Geist aufgab, als ich bündelweise Arbeitsblätter druckte, um sie dann mit der Post zu verschicken, war klar, dass dieser Weg nicht begehbar ist.

Dann kam die Rettung und das erstaunlicherweise ziemlich schnell: Das digitale Lernportal unserer Schule wurde geboren. Innerhalb eines Wochenendes errichtet. Ein gewaltiger Schritt ins digitale Zeitalter, den es ohne Corona nie gegeben hätte. Ich war begeistert!

Also, wie kam man da rein? Registriere dich mit deiner E-Mail-Adresse, stand da. Ach so ...

Nach ca. sechs Wochen coronafrei hatten dann auch tatsächlich alle Eltern meiner Klasse verstanden, dass es keine Päckchen mit Aufgaben mit der Post geben würde und ihren Kindern einen Zugang ins Lernportal besorgt. Diese versuchten nun, so gut es ging, mit dem Pensum Schritt zu halten. Einige von ihnen machten tatsächlich jeden Tag Hausaufgaben und schickten mir diese dann per Mail zu. Leider versuchten manche Schüler*innen ihre Hausaufgabe in die Betreffzeile einer E-Mail zu quetschen und waren enttäuscht, dass ich den Text nicht so gut korrigieren konnte. Ich fragte mich, was eigentlich die Lerninhalte des PC-Unterrichts waren, denn schließlich hatte meine 6. Klasse bereits ein Jahr PC hinter sich. Na gut, sagte ich mir, erkläre ich es eben nochmal. Wieder und wieder.

Fortsetzung Seite 2

In dieser Ausgabe:

Homeschooling 1-2
Corona 2-3
Mitbestimmung 4
Frankfurter Erklärung 4
Mitgliederversammlung 5
Digitalisierung 6-7
Informationsveranstaltung 8
Freihandel 9
Bundeswehr 10-11
Klimabewegung 12

Fortsetzung von Seite 1:

Nun erstellte ich fast jeden Tag Aufgaben für das Lernportal, korrigierte dann zugeschickte Schüler*innenarbeiten, meldete mich zum Webinar zum Thema „Erklärvideos“ an, erlitt Zoom-Konferenzen, die mein Schulleiter anberaumte, sprach hunderte Minuten auf Voicerekorder von WhatsApp, um mich mit meinen Kolleg*innen abzustimmen, richtete mir ein Diktiergerät ein, um die Schüler*innenarbeiten besser korrigieren zu können, weil meine Hände vom stundenlangen Tippen wehtaten, telefonierte wie ein Detektiv, um mich nach verschollenen Kindern zu erkundigen, machte mir Sorgen um einige von ihnen, weil sie weder per Telefon noch per Mail erreichbar waren, musste mit viel Gelassenheit verschwommene, abfotografierte Texte im PDF-Format ertragen und erklärte einem Elternteil auch zum fünften Mal mit neutraler Stimme, wie man ein Buch in einer Buchhandlung bestellen kann.

Neben meinen schulischen Bemühungen sprach ich tröstend mit meinen eigenen Kindern, die neben mir am Küchentisch versuchten, ihre Aufgaben im weitreichenden digitalen Angebot ihrer Lehrer*innen überhaupt zu finden, bevor sie mich nach Lösungsmöglichkeiten ausfragten. Ich kochte ihnen jeden Tag ein gesundes Essen und dachte beim Kochen daran, ob ich mich dabei filmen sollte, um eine Vorgangsbeschreibung alltagsnah ins Lernportal für meine Schüler*innen stellen zu können. Angesichts einer möglicherweise massenhaften Verbreitung meines Kochvorgangs im Internet und meiner schlechtsitzenden Frisur aufgrund geschlossener Frisiersalons verzichtete ich dann aber darauf.

Spätestens als meine Nachbarin mich fragte, wie ich denn die ganzen langen Ferien in Coronazeiten für mich nutze und es ja auch so schön für meine eigenen Kinder sei, dass ich jetzt immer da sei und wir Lehrer*innen es schon gut hätten, hoffte ich, dass mein neu erworbenes Hobby „Yoga für Einsteiger“, mich von einer passenden Antwort abbringen würde.

Nun, nach acht Wochen Homeschooling, ist Licht am Ende des Tunnels. Und selbst meine Sechstklässler*innen sehen es und freuen sich: Wir dürfen nun wieder pro Woche einmal in die Schule und wenn wir Glück haben vielleicht auch zweimal.

Die Verdammten dieser Erde[1] – Corona und die soziale Frage

eine Kolumne von Annette Müller

Weltweit und absolut betrachtet sind die meisten Infizierten und Todesfälle im Süden zu finden und auch die afroamerikanische Bevölkerung in den USA ist überproportional davon betroffen[2]. Die durchschnittliche Letalitätsrate liegt laut WHO bei 5,21%, (Stand: 22.6.2020) die höchste weist Belgien mit 16,03% auf, in Deutschland liegt sie bei 4,64% (Stand: 22.06.2020)[3]. Laut RKI vom 18.06.[4] sind 74% COVID-19-Fälle in Deutschland zwischen 15 und 59 Jahre alt, 86% der Todesfälle und 19% aller Fälle sind 70 Jahre oder älter. Etwa ein Drittel der Todesfälle lebten zuvor in Alten- und Pflegeheimen oder anderen Betreuungseinrichtungen[5]. Gibt es COVID 19 in einer Einrichtung, sterben bis zu 20% der Bewohner*innen[6]. Weitere sogenannte Hotspots sind Bereiche, in denen unter menschenunwürdigen Bedingungen gelebt und/oder gearbeitet wird, wie z.B. in Fleischfabriken oder Sammelunterkünfte.

In den Alten- und Pflegeheimen verschärft die Corona-Pandemie die seit Jahren bekannten Probleme. „[…] auf Nachfrage von SZ, NDR und WDR berichten Heimleitungen allerorts, dass sie überfordert seien. Es fehle an Personal, Schutzmaterial und vor allem an Corona-Tests. […] "Die Corona-Krise legt gnadenlos offen, was im deutschen Gesundheitswesen grundsätzlich schiefläuft", sagt Eugen Brysch, Vorstand der Deutschen Stiftung Patientenschutz.“[7]

Die Pandemie zerrt Zustände ans Licht, die natürlich kein Novum darstellen, sich aber angesichts bundesdeutscher Normalität bisher gut verdrängen ließen. Neben der Tatsache, dass in Deutschland arme Menschen ein höheres Risiko haben einen schweren Covid-19 Verlauf zu erleiden[8], sind sie auch von den sogenannten Kollateralschäden wie Schul- und Kitaschließungen stärker negativ betroffen. Unterstützungsangebote für einkommensschwache Familien, wie Tafeln, beitragsfreie Mittagessen in Schulen und Kitas entfallen während des Lockdowns ebenso wie die Orte, an denen Kinder ihre Freizeit verbringen können und damit Räume für entsprechende Betreuungs- und Fördermöglichkeiten. In einkommensschwachen Familien leben fast zwei Millionen Kinder[9]. Bildung während des Homeschoolings den Familien zu überlassen, verschärft die Spaltung der Gesellschaft. Neben der Frage, ob es genügend technische Infrastruktur, wie moderne Smartphones oder Computer, gibt, ist zweifelhaft, ob die Eltern überhaupt in der Lage sind ihre Kinder zu unterstützen. Soziale und digitale Defizite werden deutlicher, bestätigen aber letztendlich nur die Ergebnisse der PISA-Studie. Soziale Herkunft und Armut sind die entscheidenden Kriterien für schulische Erfolge oder besser Misserfolge.

In den Schulen selbst gibt es auch deutliche Unterschiede. Selbst wenn sogenannte Brennpunktschulen genauso ausgestattet wären, wie Schulen in einem überwiegend bildungsnahen Viertel, würde das nicht reichen, denn es bedarf stärkerer Förderung und Unterstützung. Aber auch dieses Problem ist eigentlich hinreichend bekannt. Schon 2017 lautete der Titel einer Studie, herausgegeben von der GEW-NRW „Ungleiches ungleich behandeln: Standortfaktoren berücksichtigen – Bildungsgerechtigkeit erhöhen – Bildungsarmut bekämpfen.“[10]

Ein weiterer Bereich, der in den Fokus rückt, ist das Gesundheitswesen. Gesundheit sei das höchste Gut hört man allenthalben. Warum fällt das den Verantwortlichen erst im Zuge der Pandemie ein? Das RKI hat in seinem Bericht “Gesundheit in Deutschland“ aus dem Jahr 2015 den sozioökonomischen Status als ein Problem des Gesundheitszustandes ausgemacht[11]. Darin heißt es u.a.

- Frauen mit niedrigem Einkommen haben eine um acht Jahre geringere Lebenserwartung als Frauen mit hohem Einkommen; bei Männern beträgt der Unterschied elf Jahre. /
- Bereits im Kindes- und Jugendalter ist

die gesundheitliche Entwicklung mit der sozialen Herkunft assoziiert.

Wenn also die Gesundheit das höchste Gut ist und die Analysen des RKI zutreffen, warum …

- gibt es dann keine höheren Sozialleistungen
- gibt es keinen höheren Mindestlohn
- gibt es nicht mehr staatliche Förderung von Kindern und Jugendlichen
- gab es 2018 13% weniger Krankenhausbetten als 1998
- hat Deutschland pro 1000 Einwohner*innen weniger Ärzte als Kuba, Griechenland oder Litauen?[12]
- …

Das Gesundheitswesen ist Teil der kritischen Infrastruktur (KRITIS). Das heißt doch eigentlich, dass es sich dabei um einen strategischen Sektor handelt, der für ein funktionierendes Gemeinwesen überlebenswichtig ist. Warum geben die politisch Verantwortlichen die Kontrolle darüber aus der Hand, in dem nach dem neoliberalen Paradigmenwechsel Privatisierungen forciert werden?

Zu beachten ist ebenfalls, dass es sich bei dem unterbezahlten Personal im Bereich Erziehung und Gesundheit meist um Frauen handelt. In Kitas sind 94% der Erzieher*innen weiblich, 75% des gesamten Gesundheitspersonals sind weiblich. Mehr als 80% der Pflegekräfte waren 2019 Frauen (Krankenpflege 80%; Altenpflege 83%)[13] Der Frauenanteil im Grundschullehramt liegt in Deutschland bei ca. 88%.[14]

Die Frage, die sich aufdrängt, ist natürlich, ob schlecht bezahlte Arbeit weiblich ist und ob daher auch wenig getan wird, daran etwas zu verändern. Denn nach wie vor dominiert die Auffassung vom klassischen männlichen Alleinverdienermodell, das zwar modifiziert als Zuverdienerinnenmodell bezeichnet wird, aber an der Grundproblematik nichts ändert. Frauen arbeiten demnach nicht für eine eigenständige Existenzsicherung und können daher auch schlechter bezahlt werden.

Es ist zu bezweifeln, dass tatsächlich Konsequenzen aus der Pandemie gezogen werden. Das Konjunkturpaket beispielsweise geht wenig auf die oben dargestellten Probleme ein. Zwar dürfen sogar ALG II-Bezieher*innen diesmal das Kindergeld behalten, doch strukturelle Veränderungen sind kaum erkennbar.

1 „Die Verdammten dieser Erde“ hieß ein Buch von Franz Fanon, in dem er 1961 Kolonialismus und Imperialismus analysiert und bekämpft.
2 https://covid19.who.int/ und https://edition.cnn.com/2020/05/05/health/coronavirus-african-americans-study/index.html
3 https://de.statista.com/statistik/daten/studie/1103785/umfrage/mortalitaetsrate-des-coronavirus-nach-laendern/ und https://covid19.who.int/
4 https://www.rki.de/DE/Content/InfAZ/N/Neuartiges_Coronavirus/Situationsberichte/2020-06-18-de.pdf?__blob=publicationFile
5 https://www.ndr.de/nachrichten/niedersachsen/braunschweig_harz_goettingen/Weiterhin-kritische-Corona-Lage-in-Heimen,corona2760.html
6 https://www.sueddeutsche.de/politik/coronavirus-altenheim-tote-1.4884742
7 https://www.sueddeutsche.de/politik/coronavirus-altenheim-tote-1.4884742
8 https://www.tagesschau.de/inland/corona-sozial-schwache-101.html
9 https://www.merkur.de/leben/mehr-geld-fuer-kinder-aus-einkommensschwachen-familien-zr-12186953.html
10 https://www.gew-nrw.de/fileadmin/user_upload/Kampagne_Bildung-weiter-denken/GEW-NRW-Moeller-Bellenberg-Studie-Sozialindex-gesamt-Ungleiches-ungleich-behandeln.pdf
11 https://www.rki.de/DE/Content/Gesundheitsmonitoring/Gesundheitsberichterstattung/GesInDtld/gesundheit_in_deutschland_2015.pdf?__blob=publicationFile
12 https://de.wikipedia.org/wiki/Liste_der_L%C3%A4nder_nach_%C3%84rztedichte
13 https://statistik.arbeitsagentur.de/Statischer-Content/Arbeitsmarktberichte/Berufe/generische-Publikationen/Altenpflege.pdf
14 https://www.gew.de/fileadmin/media/publikationen/hv/Hochschule_und_Forschung/Ausbildung_von_Lehrerinnen_und_Paedagogen/Zukunftsforum_Lehrer_innenbildung/190228_MaennerInsGrundschulamt_2018_A4_171218.pdf

Quellen:

https://covid19.who.int/

https://de.statista.com/statistik/daten/studie/1103785/umfrage/mortalitaetsrate-des-coronavirus-nach-laendern/

https://de.statista.com/statistik/daten/studie/172651/umfrage/bedarf-an-pflegekraeften-2025/

https://de.statista.com/statistik/daten/studie/232536/umfrage/laender-mit-der-hoechsten-aerztedichte-weltweit/

https://de.wikipedia.org/wiki/Subcomandante_Marcos

https://dipbt.bundestag.de/dip21/btd/17/120/1712051.pdf

https://statistik.arbeitsagentur.de/Statischer-Content/Arbeitsmarktberichte/Berufe/generische-Publikationen/Kindererziehung.pdf

https://statistik.arbeitsagentur.de/Statischer-Content/Arbeitsmarktberichte/Berufe/generische-Publikationen/Altenpflege.pdf

https://www.bbk.bund.de/SharedDocs/Downloads/BBK/DE/Downloads/Krisenmanagement/BT-Bericht_Risikoanalyse_im_BevSch_2012.pdf?__blob=publicationFile

https://www.bmfsfj.de/bmfsfj/themen/familie/chancen-und-teilhabe-fuer-familien/alleinerziehende

https://www.bpb.de/politik/innenpolitik/arbeitsmarktpolitik/306053/ernaehrermodell

https://www.destatis.de/DE/Themen/Gesellschaft-Umwelt/Gesundheit/Gesundheitspersonal/_inhalt.html

https://www.gew.de/fileadmin/media/publikationen/hv/Hochschule_und_Forschung/Ausbildung_von_Lehrerinnen_und_Paedagogen/Zukunftsforum_Lehrer_innenbildung/190228_MaennerInsGrundschulamt_2018_A4_171218.pdf

https://www.ndr.de/nachrichten/info/sendungen/kommentare/PISA-Studie-Sind-wir-wirklich-so-schlecht,bildung434.html

https://www.ndr.de/nachrichten/niedersachsen/braunschweig_harz_goettingen/Weiterhin-kritische-Corona-Lage-in-Heimen,corona2760.html

https://www.rki.de/DE/Content/Gesundheitsmonitoring/Gesundheitsberichterstattung/GesInDtld/gesundheit_in_deutschland_2015.pdf?__blob=publicationFile

https://www.rki.de/DE/Content/InfAZ/N/Neuartiges_Coronavirus/Situationsberichte/2020-06-18-de.pdf?__blob=publicationFile

https://www.sueddeutsche.de/politik/coronavirus-altenheim-tote-1.4884742

https://www.tagesschau.de/inland/corona-sozial-schwache-101.html

https://www.vdk.de/deutschland/pages/themen/themen/soziale_gerechtigkeit/79557/arme_familien_corona

Mitbestimmung in der Krise

Schon die letzten Jahre haben es gezeigt: Die Aufgaben der örtlichen Personalräte in den hessischen Schulen nehmen stetig zu und sind kaum noch zu bewältigen. Ob Inklusion, Integration, Datenschutz, Digitalisierung oder UBUS-Kräfte, um nur einiges zu nennen, jeder neue Bereich, der den Schulen zugewiesen wurde, brachte auch neue Probleme für die Kolleginnen und Kollegen mit sich und damit auch neue Aufgaben für die Personalvertretungen.

In der Corona-Krise hat sich diese Entwicklung noch einmal zugespitzt. Nicht nur die Schulleitungen sind praktisch wöchentlich und meist sehr kurzfristig mit neuen Vorgaben aus dem Ministerium konfrontiert, auch die Personalräte haben sich dieser ständig verändernden Situation zu stellen. Die Verunsicherung und der Beratungsbedarf in den Kollegien war und ist groß. Und nicht immer und überall werden die notwendigen Informationen durch die Schulleitungen zügig und in vollem Umfang an die Beschäftigten weitergegeben. Glücklicherweise funktionieren jedoch die Strukturen der Personalvertretung, angefangen beim Hauptpersonalrat, über die Gesamtpersonalräte bis hin zu den örtlichen Personalräten.

Aber wie die Schulleitungen und Schulen insgesamt müssen auch die Personalräte nach neuen Wegen der Zusammenarbeit suchen. Hygienevorschriften und Angehörige von Risikogruppen, auch in unseren Reihen, gestalten die Abstimmung untereinander schwieriger und deutlich aufwändiger. Hinzu kommt, dass der Druck, der auf den Schulleitungen lastet, stellenweise dazu führt, dass die eigentlich gesetzlich verankerten Selbstverwaltung- und Mitbestimmungsprozesse geringer gewichtet werden, und selbstverständlich müssen auch hierfür neue Verfahren und Abläufe gefunden werden. Digitale Abstimmungen, Videokonferenzen oder Präsenzveranstaltungen mit reduzierter Teilnehmerzahl müssen eingerichtet und auf ihre Praxistauglichkeit erprobt werden. Bei so kurzfristig und aus der Not geborenen Prozessen bleiben natürlich auch Konflikte nicht aus, die die Kolleginnen und Kollegen mit der Unterstützung der Personalräte zu bewältigen haben.

Insgesamt zeigt sich deutlich, dass die Arbeit der Personalvertretungen mit der momentanen Entlastung nicht zu bewältigen ist. Da aber Interessenausgleich, Selbstverwaltung und Mitbestimmung nicht nur wichtige Garanten für das Gelingen von bildungspolitischen und pädagogischen Zielsetzungen, sondern auch als Schule der Demokratie in Schulen Teil des Erfolgsrezeptes der Bundesrepublik sind, fordert die GEW schnell eine spürbare Anhebung der Entlastung für die Schulpersonalräte, damit diese ihren wichtigen Beitrag weiterhin leisten können.

Timo Steinert

Weckruf ans Ministerium – die Frankfurter Erklärung IV

Am 29. Juni 2020, kurz vor Ende des Schuljahres und nach über drei Monaten Schulbetrieb unter Corona-Bedingungen, traf sich in Frankfurt eine hochkarätige Runde schulischer Akteure, um Zwischenbilanz zu ziehen.

Vertreten waren bei dem Treffen neben der Gewerkschaft GEW die Arbeitsgemeinschaft der Direktorinnen und Direktoren an den beruflichen Schulen und den Studienseminaren für die beruflichen Schule (AGD), der Arbeitskreis der Direktorinnen und Direktoren hessischer Gesamtschulen (AK Gesamtschulen), der Interessenverband Hessischer Schulleiterinnen und Schulleiter (IHS), der Verband Sonderpädagogik e.V. LV-Hessen (vds) und die Vereinigung der Schulaufsichtsbeamtinnen und Schulaufsichtsbeamten des Landes Hessen e.V. (VSH).

Gemeinsam gaben diese Verbände unter der Überschrift „Der Schulbetrieb während und nach der Corona-Krise. Jetzt muss das Hessische Kultusministerium (HKM) entschlossen handeln" eine Erklärung ab. In fünf Themenbereiche geordnet formulierte die Runde Forderungen, die ans Hessische Kultusministerium adressiert sind.

Zu allererst wird für den Beginn des kommenden Schuljahrs eine umfassende Verbesserung der Digitalisierung der Schulen verlangt, die neben Leihgeräten mit Internetzugang für die Schülerinnen und Schüler auch dienstliche Endgeräte für die Lehrkräfte, deren Support und ein Medienkonzept von Seiten des Ministeriums beinhalten soll.

Kritisch wird die Kommunikation des Ministeriums mit den Schulleitungen und Schulen in den letzten Wochen beleuchtet, die sich für die Unterzeichner eher als „Nichtkommunikation" darstellt: „Quasi „auf Zuruf" und nach dem Prinzip „Fahren auf Sicht" wurden immer zu Beginn der Wochenenden Verordnungen und Pläne an die Schulen geschickt, deren Umsetzung das HKM für den Montag darauf erwartete." Die Runde fordert mehr Transparenz, Kommunikation auf Augenhöhe und realistische Planungsvorläufe.

Thematisiert werden aber auch die Behebung des Investitionsstaus an den hessischen Schulen und die Forderung nach gezielter Förderung benachteiligter Schülerinnen und Schüler.

Ob der abschließende Aufruf, ein schlüssiges Öffnungskonzept für das kommende Schuljahr in den Sommerferien unter Einbeziehung aller an Schule Beteiligten zu erarbeiten, Erfolg hat, wird sich spätestens zu Beginn des nächsten Schuljahres zeigen.

Timo Steinert

Mitgliederversammlung des GEW-Kreisverbandes Marburg-Biedenkopf

Mehr als 40 Kolleginnen und Kollegen waren der Einladung des GEW-Kreisverbandes Marburg-Biedenkopf zur jährlichen Mitgliederversammlung am 12. Februar 2020 in der Adolf-Reichwein-Schule gefolgt.

Das Leitungsteam, bestehend aus Hans Braun, Hille Kopp-Ruthner, Marylin Prange und Timo Steinert, gab nach dem Kassen- und dem Rechenschaftsbericht des Kreisvorstandes zunächst einen Überblick über die für das Jahr 2020 geplanten Veranstaltungen und Aktivitäten.

Hauptthema war im Anschluss die Listenaufstellung für die Personalratswahlen im Mai 2020. Der Kreisvorstand hatte eine Vorschlagsliste für die GEW-Fraktion im Gesamtpersonalrat erarbeitet, die der MV präsentiert wurde. Die Kandidat*innen für den neuen Gesamtpersonalrat stellten sich vor und die Liste wurde ohne Änderungen bestätigt.

Aufgrund der Corona-Pandemie wurden die Personalratswahlen verschoben; die bisherigen Per-sonalrät*innen bleiben bis zu den Neuwahlen, die spätestens im Mai 2021 stattfinden werden, im Amt. **Hille Kopp-Ruthner**

Digitalisierung – ja, aber!

In der aktuellen Diskussion scheint es auch im Zusammenhang mit Bildung nur noch dieses eine Thema zu geben. Manche erwarten nicht weniger als eine Revolution des Lernens und Lehrens. Wissenschaftliche Studien rechtfertigen diese Euphorie allerdings bislang kaum (z.B. Hattie). Automatisch, so lassen sie sich zusammenfassen, bringt die Digitalisierung keineswegs besseren Unterricht hervor. Trotzdem wird sie – noch verstärkt durch die Folgen der Corona-Pandemie – in der öffentlichen Diskussion als das Nonplusultra für die Weiterentwicklung des Bildungswesens propagiert nach dem Motto: „Wenn die Bildung erst einmal digitalisiert ist, wird alles besser."

Dass dies nicht so sein wird, weiß aber eigentlich jeder. Und um zu wissen, dass hinter diesem Hype knallharte wirtschaftliche Interessen stecken, muss man sich mit digitalen Medien nicht einmal besonders gut auskennen. Es reicht, wenn man weiß, was die Geräte und nach dem Kauf vor allem deren Pflege kosten, dass der Markt der Lernsoftware ebenfalls ein Milliardengeschäft ist – und wie wichtig es für Hersteller ist, dass bestimmte Software-Plattformen den Schülern – und künftigen Kunden (!) – näher gebracht werden. Der Kampf „Apple gegen Windows" ist längst entbrannt.

In der Bildung sollte aber nach wie vor das „Primat der Pädagogik" gelten, demzufolge auch der Einsatz digitaler Medien kein Selbstzweck ist. Sie sollen im Präsenzunterricht analoge Methoden, unmittelbare Kommunikation und sinnliches Erfahren nicht ersetzen, sondern vielmehr sinnvoll ergänzen.

Ob Frontalunterricht mithilfe einer Kreidetafel oder mit einem Smartboard gestaltet wird, ist nur ein Nebenaspekt. Es ist und bleibt Frontalunterricht - der übrigens in gewissem Rahmen durchaus seinen Platz haben sollte. Natürlich ist es aber unerlässlich, die Schulen in Sachen Digitalisierung „fit" zu machen. Und in Zeiten, in denen Präsenzunterricht nicht oder nur eingeschränkt durchführbar ist, bieten digitale Medien für eine rudimentäre Kommunikation erhebliche Vorteile.

Diese Möglichkeit zur Kommunikation muss aber allen Schülern gleichermaßen zugänglich sein. Auch das hat die Erfahrung mit dem „Lockdown" gezeigt.

Damit eine sinnvolle Einbindung digitaler Medien in den schulischen Unterricht gelingen kann, möchte ich als „digitaler Laie" ohne Anspruch auf Vollständigkeit fünf Punkte anführen, die Voraussetzungen für einen tauglichen Einsatz digitaler Instrumente in der Schule beschreiben.

1. Es müssen Mindeststandards zur Ausstattung der Schulen mit digitalen Medien und deren Pflege definiert werden.
2. Das Kultusministerium erstellt und pflegt einen Grundstock von geeigneter Lernsoftware, der kostenlos von den Schulen genutzt werden kann.
3. Die Schulen erarbeiten Konzepte, die den Einsatz von digitalen Medien im schulischen Präsenzunterricht zum Gegenstand haben und Grundlage für ein möglicherweise notwendiges „Home-Schooling" bilden.
4. Jeder Lehrkraft und in Erfüllung der Lernmittelfreiheit jeder/m Schüler/in stellen die Schulen eine Grundausstattung mit angemessener Hardware kostenlos zur Verfügung.
5. Den Lehrkräften wird ein umfangreiches kostenloses Angebot zur Fort- und Weiterbildung in Bezug auf den Einsatz von digitalen Medien in Schule und Unterricht unterbreitet. Neben technischen Fragen müssen diese Angebote vor allem didaktische Konzepte vermitteln und die Stärken und Schwächen der einzelnen digitalen Instrumente thematisieren. Zur Wahrnehmung der Angebote werden die Lehrkräfte dem zeitlichen Aufwand entsprechend von anderen dienstlichen Tätigkeiten befreit.

Die pädagogische Freiheit der Lehrkräfte im Unterricht darf aber auch durch eine „Digitalisierung" nicht eingeschränkt werden. Sie sind die Fachleute und entscheiden, welches Hilfsmittel jeweils eingesetzt werden soll. Ein Primat von digitalen Medien darf es nicht geben. Nicht die eine oder andere Methode, sondern der Mix macht's.

Hans Braun

Digitale Schule 2020

Fünfzehn Punkte für einen besseren digitalen Unterricht

Bereits vor dem Ausbruch der Corona-Pandemie war die verstärkte Digitalisierung der Schulen im Zusammenhang mit der Umsetzung des Digitalpaktes eines der zentralen Themen an den hessischen Schulen. Die Schließung der Schulen im Rahmen des allgemeinen Lockdowns hat nun quasi über Nacht einen schulischen Digitalisierungssprung erzwungen. Die digitale Beschulung ist zum neuen Arbeitsalltag für viele Lehrkräfte geworden. Klar treten nun Defizite zutage, die auch vorher schon existierten.

Der digitale Schulalltag ist für Lehrkräfte wie für Schülerinnen und Schüler sowie deren Eltern geprägt von einem Sammelsurium unterschiedlichster digitaler Programme und Anwendungen. Von Schule zu Schule, von Lehrkraft zu Lehrkraft unterscheiden sich die eingesetzten digitalen Instrumente. Ob Lernplattformen, Cloudanwendungen, Messengerdienste oder Videochats, engagiert versuchen viele Lehrkräfte ihre Schülerinnen und Schüler weiter zu unterrichten. Im Zeichen der Krise landen dabei auf Computern und Tablets zahlreiche Anwendungen und Programme, werden Daten zur Registrierung freigegeben und AGBs angenommen.

Zweckmäßigkeit und Funktionalität für speziell pädagogische Belange, aber auch der Datenschutz, spielen oft nur eine untergeordnete Rolle. Viel Zeit muss zudem von allen Beteiligten investiert werden, um sich in immer neue Systeme einzuarbeiten.

Wie uns die Wissenschaftler versichern, werden uns Homeschooling und digitaler Unterricht vermutlich auch im kommenden Schuljahr weiter begleiten. Und selbst wenn Corona diesen Umstand nicht erzwingen sollte, ist es an der Zeit, im Bereich des digitalen Lernens einiges zu ändern.

Ob Datenschutz, Jugendmedienschutz, digitale Unterrichtsmaterialien oder für den Unterricht sichere und seriöse Internetangebote, es kann nicht sein, dass jede Schule, ja jede einzelne Lehrkraft eigene Konzepte entwickeln muss.

Große Vorteile des digitalen Arbeitens sind sicherlich Vielfalt, Heterogenität und

Flexibilität der zur Verfügung stehenden Materialien und Instrumente. Diese sollen auch erhalten bleiben. Das entlässt die Schulen aber nicht aus der Pflicht, Mindeststandards und Grundlagen zu definieren.

Deshalb müssen die folgenden Maßnahmen umgesetzt werden:

1. Wichtigster Punkt für einen wirklich erfolgreichen digitalen Unterricht ist die Ausstattung mit entsprechenden Geräten. Viele Schülerinnen und Schüler verfügen weder persönlich noch in ihren Familien über eine dementsprechende Ausstattung mit Hardware. Ohne die notwendigen Geräte sind aber auch die besten pädagogischen Konzepte und digitalen Anwendungen sinnlos. Es muss sichergestellt werden, dass alle Schülerinnen und Schüler, für die eine digitale Beschulung sinnvoll erscheint, dementsprechend ausgestattet sind, ohne die Familien zu belasten.
2. Gleiches gilt auch für die Lehrkräfte. Den Lehrkräften sollten, soweit sie dies wünschen, mobile digitale Endgeräte zur Verfügung gestellt werden. Es kann nicht sein, dass der Dienstherr erwartet, dass die komplette technische Ausstattung für digitalen Unterricht von den Lehrkräften selbst getragen wird.
3. Auch der Datenschutz und der IT-Support, die, bedingt durch die Verwendung privater Geräte, momentan in der Verantwortung der einzelnen Schülerinnen und Schüler bzw. Lehrkräfte liegen, könnten so besser gewährleistet werden. Dazu bedarf es auch zwingend personelle Ressourcen.
4. Die Bereitstellung von Geräten hätte auch den Vorteil, diese bereits mit vorinstallierten einheitlichen Anwendungen ausstatten zu können.
5. Fort- und Weiterbildungsangebote für Lehrkräfte könnten und sollten sich dann auf die empfohlenen Programme konzentrieren. Neben technischen Fragen müssen diese Fortbildungen aber auch didaktische Konzepte vermitteln und die Stärken und Schwächen der einzelnen digitalen Instrumente thematisieren. Sie sollten von der Hessischen Lehrkräfteakademie möglichst umgehend hessenweit und kostenfrei entweder über eine zentrale Lernplattform als Webinare und/ oder als Präsenzveranstaltungen für alle hessischen Lehrkräfte angeboten werden.
6. Die Schulen brauchen klare Empfehlungen, welche Anwendungen und Programme für unterrichtliche Zwecke geeignet sind. Das schließt auch Negativnennungen ein, also die Verwendung welcher Programme nicht für Schulen geeignet oder untersagt sind.
7. Eine kontinuierliche zentrale Aktualisierung und Evaluierung des Erfolgs der eingesetzten Programme muss sichergestellt werden.
8. Bei der Anschaffung von Geräten und der Auswahl von Programmen und Anwendungen sollte die Umsetzung digitaler Barrierefreiheit berücksichtigt werden. Das heißt, die entsprechenden Programme sollten wahrnehmbar, bedienbar, verständlich und robust sein.
9. Zumindest ein Grundstock geeigneter Programme sollten über einen sicheren Zugang zum Download oder über Datenträger den Lehrkräften angeboten werden, kostenpflichtige Anwendungen sollten über Landes-lizenzen zur Verfügung gestellt werden.
10. Eine Ausstattung mit entsprechenden Programmen muss aber nicht nur für Lehrkräfte sichergestellt werden. Sie ist genauso für die Schülerinnen und Schüler notwendig.
11. Um angesichts der Größenordnungen auch finanzielle Erwägungen zu berücksichtigen, kann gerade bei der Bereitstellung von Programmen und Programmempfehlungen auch verstärkt auf Open Source- oder Freeware-Anwendungen geachtet werden.
12. Landeslizenzen wären auch für kostenpflichtige Unterrichtsmaterialien, wie beispielsweise digitale Schulbücher, sinnvoll. Zumindest ein Grundpool sollte hier bereitgestellt werden.
13. Bereits existierende Angebote müssen besser verknüpft werden. Beispielsweise könnten die guten Angebote der Medienzentren ins hessische Schulportal eingebunden werden.
14. Unabhängig von diesen eher technischen Fragen müssen klare Standards für das digitale Arbeiten in der Schule entwickelt werden. Für Datenschutz und Jugendmedienschutz beispielsweise sollten einheitliche Konzepte und Materialien existieren. Aber auch so einfachen Fragen, wie was eine sichere Quelle ist oder nach welchen Regeln Internetquellen in der Schule angegeben werden, sollten einheitlich geklärt sein.
15. Eine Sammlung geprüfter und geeigneter Internetressourcen, möglichst nach Schulformen und Fächern sortiert, die kontinuierlich aktualisiert und zentral eingebunden wird, beispielsweise über das Schulportal, wäre ein weiteres sinnvolles Hilfsmittel.

Nur wenn die obergenannten Punkte umgesetzt werden, ist aus unserer Sicht ein tatsächlich Erfolg versprechender Prozess digitalen Unterrichts in den Schulen zu erreichen.

Timo Steinert

...da mache ich mit!

O ich möchte mehr Informationen über die Arbeit der GEW!
O ich möchte den newsletter der GEW Marburg!
O ich mache mit! Ich möchte GEW-Mitglied werden!

Name: _____

Anschrift: _____

Schule _____

E-mail: _____

..... bitte ausschneiden und senden an:
GEW-Marburg-Biedenkopf,
Schwanallee 27, 35037 Marburg
oder mail an: gew.mr-bid@t-online.de

Informations-veranstaltung

für Sozialpädagogische Fachkräfte und Lehrkräfte mit TV-H-Vertrag am 19. Februar 2020 im Hotel Köhler in Gießen

Die GEW Mittelhessen führte im Vorfeld der Personalratswahlen im Mai 2020 eine Informations- und Diskussionsveranstaltung zum Thema „Mitbestimmung in der Schule" für alle mittelhessischen Sozialpädagogischen Fachkräfte und Lehrkräfte mit TV-H-Vertrag durch. Einladende waren Annette Post-Richter (Angestelltenvertreterin im Gesamtpersonalrat Gießen-Vogelsberg), Frank Kaiser (Schulamtsbereich Wetzlar-Weilburg) und Denise Kuhnt (Angestelltenvertreterin im Gesamtpersonalrat Marburg-Biedenkopf).

Leider folgten nur wenige Interessierte dieser Einladung.

Eingeladen war u.a. der stellv. Vorsitzende der GEW Hessen, Tony Schwarz. Er beschrieb in seinem Vortrag Möglichkeiten der Mitbestimmung in den Schulen.

Ausgehend von den Rechtsgrundlagen für Angestellte stellte Tony die Gremien der Mitbestimmung und deren Aufgaben vor. Ein Schwerpunkt seiner Ausführungen waren die Konferenzen für Lehrkräfte und Sozialpädagogische Fachkräfte mit der Gesamtkonferenz als dem zentralen Mitbestimmungsgremium einer Schule. Ein Gremium, dass den vielen UBUS-Fachkräften Möglichkeit bietet, ihre Anliegen in Bezug auf die unterrichtsbegleitende Unterstützung einzubringen und im Kollegium zu diskutieren.

Der Vortrag wurde begleitet von Fragen und Anmerkungen der Anwesenden.

Anschließend stellten sich Annette Karsten (Sozialpädagogische Fachkraft und Angestelltenvertreterin im Hauptpersonalrat) und Frank Engelhardt (sozialpädagogische Fachkraft und Angestelltenvertreter im Gesamtpersonalrat Kassel) als Kandidat*innen für die Angestelltenvertretung im Hauptpersonalrat vor. Annette berichtete sehr anschaulich von den Auseinandersetzungen mit dem Hessischen Kultusministerium im Rahmen der Erörterung des UBUS-Erlasses. Ihren Ausführungen schloss sich eine angeregte Diskussion an.

Alles in allem war es eine gute Veranstaltung mit interessanten Diskussionen, die sicherlich vielen sozialpädagogischen Fachkräften und Lehrkräften mit TV-H-Vertrag neue Erkenntnisse hätte bringen können.

Denise Kuhnt

Rechtsberatung der GEW

Sprechzeiten in der GEW-Geschäftsstelle
Schwanallee 27 - 31
Rechtsberatung mit Doris Bunke
06427-2330, Nach Vereinbarung
Rechtsberatung mit Volrad Döhner
06421-84787, Termine nach Vereinbarung
Rechtsberatung mit Denise Kuhnt
06421-21812, Termine nach Vereinbarung
Rechtsberatung mit Timo Steinert
06421-21812, Termine nach Vereinbarung

Der Freihandel – Angriff auf Klimaschutz und Menschenrechte?!

Warum Freihandelsabkommen wie das Abkommen zwischen der EU und dem Mercosur die Klimakrise verschärfen und Menschenrechte gefährden.

Zu diesem Thema referierte Thomas Fritz im Februar auf einer gut besuchten Veranstaltung im TTZ. Er arbeitet als freier Autor in Berlin mit den Schwerpunkten Wirtschaftspolitik und nachhaltige Entwicklung. Er ist Verfasser zahlreicher Studien über die Folgen von Handelsliberalisierungen und Privatisierungen öffentlicher Dienstleistungen.

Thomas Fritz. *Foto: privat*

Der Referent ging zunächst auf die Rolle des weltweiten Handels für die CO^2 -Emissionen ein. Der Anteil sei mit deutlich über 30% erheblich. Durch alle Arten von Freihandelsabkommen werde der internationale Handel weiter gefördert und damit erheblich zunehmen.

Diese teilweise unnötigen Handelsströme zerstörten die regionalen Wertschöpfungsketten in den Mercosur-Staaten Argentinien, Brasilien, Paraguay und Uruguay. Insbesondere werde der Handel mit Produkten gefördert, die in der EU bereits im Überfluss vorhanden seien, wie z.B. Rind- und Hühnerfleisch.

Bisher gibt es noch kein unterzeichnetes Abkommen der EU mit den Staaten des Mercosur, sondern nur eine politische Erklärung. Der Vertragsentwurf befinde sich zur Zeit in der juristischen Überprüfung und müsse noch in alle Amtssprachen der EU übersetzt werden. Erst danach könne der Prozess der Ratifizierung beginnen. Das Handelsabkommen solle Bestandteil eines umfassenderen Assoziationsabkommens werden.

Die EU-Handelsabkommen enthielten zwar Nachhaltigkeitskapitel, die jedoch wirkungslos seien, da sie bei Verstößen auch gegen das Pariser Abkommen nicht mit Sanktionen verknüpft seien.

Die Handelsabkommen der EU seien nicht auf den Klimaschutz ausgerichtet, da die fossilen Energieträger wie Kohle, Erdöl und Erdgas von Zöllen befreit seien. Ebenfalls gebe es keine Zölle auf Sojabohnen und Sojaschrot, wobei der Anbau von Soja mit einem hohen Einsatz von Pestiziden verbunden sei. Durch das bereits vorläufig in Kraft getretene Abkommen der EU mit Kanada, dem CETA, werde der Handel mit dem besonders klimaschädlichen Teersandöl gefördert. Seit der vorläufigen Anwendung von CETA im Jahre 2017 seien die Ölexporte Kanadas in die EU deutlich angestiegen. Zur Zeit verhandele die EU mit den USA eine Neuauflage eines Freihandelsabkommens, das sogenannte TTIP 2.0, wobei der Export von Flüssiggas in die EU massiv gefördert werden solle.

Durch das Mercosur-Abkommen werde der Anbau von Soja und die Rinderzucht weiter ausgeweitet, was die klimaschädliche Entwaldung vorantreibe. Dadurch würden die Landkonflikte zunehmen, wovon vor allem die indigene Bevölkerung betroffen sei, der immer häufiger die Vertreibung drohe.

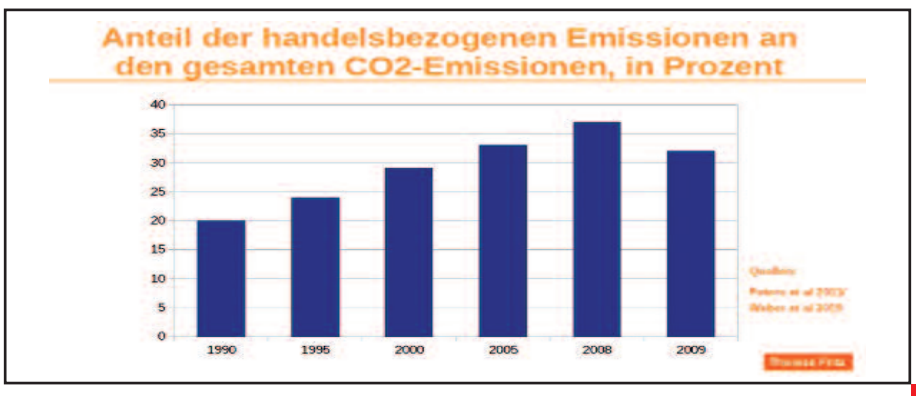
Vor allem in Brasilien sei die Lobby der Agrarindustrie unter dem neuen Präsidenten Bolsonaro die treibende Kraft hinter dem geplanten Abkommen, was auch für die anderen Staaten des Mercosur gelte.

Die Handelsabkommen wie z.B. auch das Abkommen der EU mit den Mercosur-Staaten enthielten auch das Verbot von Exportsteuern. Dadurch werde der Staatshaushalt in Argentinien deutlich belastet, was jedoch nicht zu einer Ablehnung seitens Argentiniens führen werde. Das Land sei auf Grund der großen Verschuldung von den Gläubigern und dem IWF abhängig.

Der Referent ging auch noch kurz auf Ansätze zur Bewältigung der Klimakrise ein. Die Bepreisung von CO^2 durch eine Steuer oder den Emissionshandel hielt er eher für problematisch, da die Preise zu niedrig, ineffizient und unsozial sein würden. Der Referent meinte, es müsse vor allem auf der Produktionsseite angesetzt werden und plädierte dafür, die Förderung fossiler Energien einzustellen. Dann, so Thomas Fritz, sei aber eine Kompensation für rohstoffabhängige Länder erforderlich. Weiterhin befürwortete er, die Lieferketten zu verkürzen und humaner zu gestaltet. Hierfür sei das Lieferketten-Gesetz, das zur Zeit diskutiert wird, unabdingbar. Nur so könne man den Einfluss der Konzerne zurückdrängen.

Im Anschluss an den sehr informativen Vortrag gab es zahlreiche Fragen und Diskussionsbeiträge, auf die der Referent ausführlich einging. So war die Veranstaltung erst gegen 22.00 Uhr beendet.

Die Vortragsveranstaltung wurde mit Unterstützung der GEW Marburg-Biedenkopf vom Marburger Bündnis gegen TTIP, von Attac Marburg, ver.di Marburg, Kulturelle Aktion Marburg – Strömungen und dem Weltladen Marburg organsiert. **Reinhold Hünlich**



„Kein Werben fürs Sterben“ –

die Bundeswehr ist kein normaler Arbeitgeber

Am 23. Und 24.01. demonstrierten DGB, DGB-Jugend, GEW und das Marburger Bündnis „Nein zum Krieg“ gegen das Auftreten der Bundeswehr anlässlich der Ausbildungsmesse im Cineplex. Sie warb dort für die verschiedenen Ausbildungsmöglichkeiten. Am Infostand führten sie Gespräche, verteilten Flugblätter und sammelten Unterschriften und stießen dabei auf großes Interesse der Jugendlichen.

Unter dem zugegebenermaßen provokanten Titel „Kein Werben fürs Sterben“ machten die genannten Organisationen ihrem Unmut über das Auftreten Luft. Und tatsächlich ist dieser nicht übertrieben, sieht man hinter die Fassade der von der Bundeswehr immer gepriesenen Kameradschaft und dem Abenteuer.

Seit 1992 sind weit über 100 Angehörige der Bundeswehr bei Auslandseinsätzen ums Leben gekommen. Und davon, dass die Bundeswehr eine reine Verteidigungsarmee sein soll, ist man längst abgekommen. So fanden 1999 erstmals und unter Ägide der damaligen rot-grünen Koalition unter Bundeskanzler Gerhard Schröder Kampfeinsätze der Bundeswehr im Ausland statt. Die Luftwaffe beteiligte sich erstmals nach Ende des Zweiten Weltkrieges an einem bewaffneten Kampfeinsatz.

Die sogenannte „Operation Allied Force“ im Rahmen des Kosovo-Krieges war überhaupt der erste Einsatz der NATO, der weder durch ein UNO-Mandat gedeckt noch durch das Eintreten des Bündnisfalls zu rechtfertigen war.

Und so geht heute das aggressive Auftreten der NATO anlässlich des Manövers „Defender 2020“ im April und Mai des Jahres munter weiter: Mit insgesamt 37.000 Soldatinnen und Soldaten aus 16 NATO-Staaten sowie aus Finnland und Georgien erreichen die militärischen Aktionen einen neuen Höhepunkt. So wird Deutschland mit dem

Direkter Draht zu den Mitgliedern der GEW-Fraktion im Gesamtpersonalrat:

Becker, Joana	joanabecker83@googlemail.com
Hüppner, Heike	h.hueppner@freenet.de
Jockenhövel, Jeannette	jeannette.jockenhoevel@ksm-mr.de
Kopp-Ruthner, Hille (Vorsitzende)	hille.kopp@gmx.de
Kuhnt, Denise	denisekuhnt@gew-marburg.de
Lange, Uwe	u.lange@bs-biedenkopf.de
Nissen, Susanne (Gewerkschaftsbeauftragte und Nachrückerin)	s.nissen@bs-biedenkopf.de
Soika, Michael	misoma@posteo.de
Steinert, Timo (stv. Vorsitzender)	TimoSteinert@t-online.de
Widdascheck, Frauke	widdascheck.schule@gmail.com
Hopf, Sven (Gewerkschaftsbeauftragter und Nachrücker)	sven.hopf@gew-marburg.de
John-Flöter, Sigrid	john-floeter@web.de

Kontakt zum Gesamtpersonalrat:

Tel: 06421 616560, Fax: 06421 616542
e-mail: GPRLL.SSA.Marburg@kultus.hessen.de

„Joint Support and Enable Command“ in Ulm zum Umschlagplatz von schwerem Gerät, ausgehend von den USA bis direkt an die russische Grenze. Ziel des Manövers ist neben der Zurschaustellung militärischer Überlegenheit die Demonstration einer blitzschnellen Verlegung kampfstarker Großverbände aus den USA an die NATO-Ostflanke.

75 Jahre nach Ende des Zweiten Weltkrieges und der Befreiung vom Hitlerfaschismus marschieren deutsche Truppen an der russischen Grenze auf. Und die NATO nimmt bewusst das Risiko der militärischen Konfrontation russischer und NATO-Verbände in Kauf.

Dabei ist Frieden das Gebot der Stunde: Weltweit wurden zuletzt laut Stockholm International Peace Research Institute (SIPRI) -Angaben 1.800 Mrd. US-Dollar jährlich fürs Militär ausgegeben, allein von NATO-Staaten 1000 Mrd. „Rüstung tötet – bereits im Frieden, sächliche und humane Ressourcen werden vernichtet, die anderswo dringend zum Leben und Überleben benötigt werden“ heißt es in der Broschüre unseres GEW-Mitgliedes Ralf Schrader mit dem Titel „Klima und Frieden – ein Plädoyer für Abrüstung in Zeiten der Klimakrise“. Deshalb ist auch eine weitere Erhöhung des bundesdeutschen Rüstungshaushaltes auf 2% des Bruttoinlandsproduktes nicht angezeigt, will man die aktuellen Menschheitsprobleme wie Klimakrise und Bekämpfung der für die augenblicklichen Migrationen verantwortlichen Ursachen Krieg und Vertreibung lösen.

Es ergeben sich daher zwei wichtige Konsequenzen: Einerseits sind vor allem unsere Kolleginnen und Kollegen an den Schulen aufgerufen, konsequente Friedenserziehung in ihrem Unterricht zu betreiben. Deshalb haben Bundeswehroffiziere an Schulen auch absolut nichts zu suchen!

Andererseits sind alle und auch Aktiven in der Friedensbewegung aufgerufen, sich an den vielfältigen Aktionen gegen Defender 2020 in ihrer Nähe zu beteiligen.

So heißt es im Aufruf „Nein zu Kriegsmanövern! Stopp Defender 2020" „https://www.antidef20.de/):

„Wir fordern:

- Entspannungspolitik und politische Konfliktlösungen statt militärischer Konfrontation
- Kooperation mit Russland in einem gemeinsamen Haus Europa
- konsequente Abrüstung und Umverteilung der freiwerdenden Mittel“

Uli Wiegrichs

Impressum + Redaktion:

Impressum

Herausgeber:
GEW-Kreisverband Marburg-Biedenkopf
Schwanallee 27 - 31, 35037 Marburg
Tel.: 06421 - 21812, Fax: 164532
e-mail: gew.mr-bid@t-online.de
Layout:
Schumacher Informations-Design
Druck:
msi-media serve international GmbH,
Marburger Str. 92, 35043 Marburg
Auflage: 3500

Redaktionsteam:

Sven Hopf & Annette Müller

Namentlich gekennzeichnete Beiträge müssen nicht mit der Meinung der GEW oder der Redaktion übereinstimmen.

Briefe an die Redaktion:

gew.mr-bid@t-online.de

Klima und Frieden

Zukunftsbezogene Aussagen haben es momentan schwer. In der Corona-Krise wurden Gewissheiten Makulatur. Doch unverändert wird gelten, was mit Erich Fried so gesagt werden kann: Wer will, dass die Welt bleibt wie sie ist, will nicht, dass sie bleibt.

Es gilt für die Organisation des Gesundheitswesens wie für den Umgang mit verfügbaren Ressourcen. Es gilt für die Notwendigkeit einer ökosozialen Wende, und es gilt für die Ächtung von Kriegsvorbereitung und Rüstungsproduktion. Hier gibt es einen evidenten Zusammenhang: Militärisch basierte ‚Sicherheitspolitik' ist nicht nur teuer und extrem menschengefährdend, sie hinterlässt auch einen desaströsen ‚ökologischen Fußabdruck'. In der Broschüre „Klima und Frieden – ein Plädoyer für Abrüstung in Zeiten der Klimakrise" (Skript eines Vortrags in der Klimastreik-Woche im Nov. 2019, 44 S.) geht es um diesen Zusammenhang. Der gew-aktiv sei gedankt, dass sie dem Marburger Bündnis ‚Nein zum Krieg' ermöglicht, diese Diskussion unter den GEW-Mitgliedern gezielt voranzubringen.

Die Friedensbewegung mit ihrer relativ langen Geschichte und die als Massenbewegung aktuell erstarkende Klimabewegung können gemeinsam mächtige gesellschaftliche Impulse freisetzen für eine Welt ohne Kriege, hemmungslose Naturzerstörung und Vernichtung der Lebensgrundlagen. Sie müssen die unvermeidlichen Auseinandersetzungen annehmen, dürfen aber das gemeinsame Ziel einer anderen und gerechteren Welt nicht aus den Augen verlieren.

Friedensbewegung in Marburg

Ausgehend von der eigenen Biografie beschreibe ich den Weg aus Bombenterror und Nachkriegstrümmern in die Zeit der Westintegration der BRD, des Kalten Krieges, der Remilitarisierung, der Ostermarschbewegung und des massenhaften Widerstands gegen Atomraketenstationierung und Erstschlagoption von deutschem Boden. Vor diesem Hintergrund entstanden in Marburg Organisation und zahlreiche Manifestationen der Friedensbewegung:

Marburger Forum, Marburger Friedensinitiative und Bündnis ‚Nein zum Krieg'.

Die Zusammenarbeit von Linken, Gewerkschafter*innen und Christ*innen entwickelte und bewährte sich im Widerstand gegen Aufrüstung und Kriegspolitik, gegen alten und neuen Militarismus in Marburg und bei der Zurückweisung einer aggressiveren militärgestützten deutschen Außen- und Wirtschaftspolitik.

Ein „Grundkonsens" steckt den Rahmen ab für unser gewaltfreies Agieren. Gegenwärtig stehen die Kampagne „Abrüsten statt Aufrüsten" und die Diskussion um das Zukunftskonzept „Sicherheit neu (also zivil) denken" im Focus.

Die Umsetzung der von der Stadt zugesagten Gedenkinstallation für die Opfer der ‚Marburger Jäger' (Schülerpark) und für die Aufwertung des Deserteurdenkmals (Frankfurter Straße) verfolgen wir wachsam.

Klimabewegung und Friedensbewegung

Die Schrift möchte in vier Schritten aufzeigen:

1. **Wer das Klima retten will, muss die Umweltzerstörung stoppen. Dazu ist ein tiefgreifender Politikwechsel notwendig.** In diesem Abschnitt werden aktueller Problemdruck und Handlungsfähigkeit der politischen Akteure diskutiert.
2. **Wer das Klima retten und die Umweltzerstörung stoppen will, darf nicht schweigen über die Ressourcenvernichtung für Kriege, Kriegsvorbereitungen und das Geschäft mit Waffenexporten.** Die größten zeitlich und räumlich begrenzten Umweltkatastrophen in neuerer Zeit fanden im Gefolge von Kriegen statt (waren also, wie der akute Zustand des Klimas, keine Katastrophen, sondern menschengemachte gigantische Fehlleistungen). Der Darstellung von weniger bekannten Details aus Kriegen verschiedener Epochen (Neue Welt und 30jähriger Krieg; imperialistischer Weltkrieg; neue Vernichtungspotenziale im 2. Weltkrieg; Vietnamkrieg, Jugoslawienkrieg; gegenwärtige Kriege) folgen Informationen zu Aufrüstung und Waffenexporten.
3. **Wer Kriegsvorbereitungen stoppen will, darf Aufrüstung nicht zulassen.** Beschrieben wird, wieso nur mit einer neuen, nicht hegemonialen Politik, die die Sicherheit des Anderen zur gleichwertigen Bedingung macht, die Aufgaben des ökologischen Umbaus nachhaltig zu finanzieren sein werden. Gezeigt wird, dass ein vollständiger Umstieg in zivile Produktion („Konversion") volkswirtschaftlich mindestens ebenso gut zu organisieren wäre wie etwa der Ausstieg aus der Kohle-Technologie.
4. **Wer das Klima retten und die Umweltzerstörung stoppen, die Ressourcenvernichtung für Kriege, Kriegsvorbereitungen und das Geschäft mit Waffenexporten stoppen will, darf nicht schweigen gegenüber dem kapitalistischen System.** Kapitalismus und Verteilungsgerechtigkeit passen nicht zusammen. Der Kampf für den Klimaschutz und der Kampf für Abrüstung und Frieden, für eine sozialökologische Wende kann nur gewonnen werden, wenn es gelingt, die Herrschaft des Kapitals zu zivilisieren, was letztlich darauf hinausläuft, sie aufzuheben.

Bestellungen über die GEW-Marburg oder den Autor (schrader.marburg@t-online.de, zum Selbstkostenpreis). PDF zum Download:
https://www.gew-hessen.de/bildung/schule-themen/bundeswehr-raus-aus-bildung-friedensarbeit/

Ralf Schrader